

Erscheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition  
Johannisstraße 23.

Druckerei der Redaction  
Donnerstag 10-12 Uhr.  
Freitag 4-6 Uhr.

Für die Abgabe einzelner Nummern  
verlangt man für die Redaction nicht  
etwas.

Annahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Anzeigen an Wochentagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Festtagen früh bis 1/3 Uhr.

In den Fällen für Tafel-Annahme:  
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,  
Donaustraße, Rathhausstr. 13, v.  
nur bis 1/3 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,250.

Abonnementpreis vierteljährlich 4<sup>fl.</sup> 10<sup>kr.</sup>,  
incl. Fringerlohn 5<sup>fl.</sup> 10<sup>kr.</sup>,  
durch die Post bezogen 6<sup>fl.</sup> 10<sup>kr.</sup>.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 25 Pf.,  
mit Postbeförderung 40 Pf.  
Inserate 3/4 Spalte 20 Pf.  
Größere Schriften laut ansehnlicher  
Preisverzeichnis. — Tabellarischer  
Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionstempel  
der Spalte 40 Pf.  
Inserate sind stets an d. Expedition  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Zahlung pro anno vorwärts  
oder durch Postnachschuß.

№ 340.

Mittwoch den 10. November 1880.

74. Jahrgang.

## Bekanntmachung.

die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Vereinigte Freischule betr.

Diesem Eltern, welche für Ostern 1881 um Aufnahme ihrer Kinder in die Freischule bei uns nachsuchen, haben wir die Bescheidigung von jetzt an bis spätestens den 20. d. M. aus dem Rathhause in der Schulzeile, 2. Etage, Zimmer Nr. 8, Nachmittags von 2 bis 6 Uhr persönlich anzufragen und die ihnen vorzuliegenden Fragen vollständig und der Wahrheit gemäß zu beantworten, auch gleichzeitig die Zeugnisse über das Alter des anmeldebaren Kindes und den Impfschein vorzulegen. In die untere Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche zu Ostern 1881 das sechste Lebensjahr vollendet und das sechste noch nicht überschritten haben. Kinder, welche schon einige Jahre Schulunterricht genossen haben, können, soweit noch Raum vorhanden, in die oberen Classen der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, am 6. November 1880.

Der Schulausschuss der Stadt Leipzig.

Dr. Panitz. Behnert.

## Bekanntmachung.

Für die zweite diesjährige Vorstellung zum Besten des Theater-Pensions-Fonds, welche  
Freitag, den 12. d. M.

stattfinden wird, haben wir die Oper „Carpaccio“ Musik von G. M. von Weber, gewählt und sind wir der Hoffnung, daß auch diese Vorstellung seitens des geehrten Publicums sich eines recht zahlreichen Besuches erfreuen wird.

Leipzig, den 8. November 1880.

Der Verwaltungsausschuss für den Theater-Pensions-Fonds.

## Die Ausführung der Märzdecrete in Frankreich.

Mit mehr oder minder lärmenden Demonstrationen, aber unter majestätischem zustimmenden Schweigen der ungeheuren Mehrheit des französischen Volkes, sind in diesen Tagen die Decrete gegen das Klosterwesen und den Jesuitismus in Frankreich vollzogen worden. In diese warmen, auf Kosten des leichtgläubigen Volkes gebauten Nest, die tausenden und aber tausenden von der Trägheit ergebene Klüsterlinge ein sicheres und wohlfeiles Asyl darboten, hat der rauhe Arm des Gesetzes hineingegriffen, um einem dem Geiste des Jahrhunderts widersprechenden jüdischen Belohnung ein Ende zu machen. Man darf die republikanische Regierung in Frankreich zu ihrer Festigkeit beglückwünschen und dabei den Wunsch aussprechen, daß auch in denjenigen Staaten des Deutschen Reiches, in welchen noch Klüster bestehen, in gleicher Weise verfahren werden möge.

Die Berliner „Germania“, das Hauptorgan der deutschen Ultramontanen, hat zwar vor einiger Zeit den französischen Gesinnungsgenossen den Rath gegeben, eine katholisch-republikanische Partei, ein Centrum nach der Berliner Schablone, zu bilden. Man ist in Frankreich auf diesen absurden Vorschlag allerdings bis jetzt nicht eingegangen; aber die Thatfache, daß er gemacht worden, beweist aufs Neue, daß es dem Ultramontanismus gleichgültig ist, unter welcher äußeren Form er seine Zwecke verfolgt. Es liegt dies in der Vaterlandsliebe und in der Natur der römisch-ultramontanen Partei; sie schließt in allen Formen unter, um für ihr großes Ziel, die Welt Herrschaft der römischen Hierarchie, zu wirken. Natürlich fühlen sich die Ultramontanen sicherer, wenn sie sich an einen Thron anschließen können, und deshalb machen sie in Frankreich gemeinsame Sache mit den Legitimisten. Im Verein mit diesen fanatischen Gottesdienern verlangen sie jetzt offen und dreist den gewaltthätigen Sturz der republikanischen Staatsform in Frankreich.

So trat vor Kurzem auf einem Banquet beim Wechsellager ein General Charette auf, der ganz unversehens dazu aufforderte, man müsse die „Banditenregierung“ in Paris verjagen. Dieser Vorkämpfer im Waffenrod hat mit seinem Vorfahren, dem berühmten Vendée-General Charette, der 1796 zu Nantes erschossen wurde, wenig mehr als den Namen gemein. Vrahlen konnte der berühmte Charette zwar auch, aber er konnte seinen Redereien wenigstens Thatsachen folgen lassen. Der Charette von heute aber räthelt sich, wenn er die gegenwärtige Situation mit der von 1793 vergleicht und glaubt, die Vendée könne sich erheben und auf Paris marschiren. Die französische Regierung ist einsichtig genug gewesen, ihn als Aufwiegler vor ein Gericht zu stellen und die Majestät des Gesetzes nach Gebühr walten zu lassen. Das Cabinet Ferry wartet, was den Ausbau der Institutionen des Landes anbetrifft, seines Amtes mit rühmlichem Eifer. Heute ist in Paris keine Schredenregierung, das Ausland schärft nicht auf Paris, und es befindet sich dort weder ein Convent noch ein Revolutionstribunal. Die französischen Bauern und die Pariser Spielbürger, die nun genug sind, in der Republik eine Bürgerschaft des Friedens zu erblicken und welche die Wohlthaten der von der Regierung decretirten Steuernachlässe verspüren und zu Legitimisten und Bonapartisten gleichwenig Zutrauen haben, werden sich nicht aufregen lassen, weil man im Lande einige geistliche Genossenchaften geschloffen hat. Die legitimistischen Junter kürzen den alten Schlichtesang der Vendée von 1793 auf ihren Banqueten umsonst angehängt haben. Es werden ihnen keine Waffen folgen. Das vernünftige und wohlgesinnte Volk sieht

schweigend zu, lacht über die albernen Phrasen der ultramontanen Presse, die sich immer mehr in eine ohnmächtige Wuth hinein redet, und über den activen und passiven Widerstand, den die setzten Klosterherren der Staatsgewalt bei Auflösung ihrer Congregationen entgegenstellen. Vom Erbhabenen bis zum Lächerlichen ist hier in der That nur ein Schritt gewesen.

Wir sind, was uns anbetrifft, keine Freunde von Zwangsmaßregeln, die tief in die politischen Zustände hineingreifen; aber man muß bedenken, daß in Frankreich jetzt die republikanische Nation regiert, und daß es sich mit deren Principien schlechterdings nicht verträgt, wenn ein Theil des Jugendunterrichtes in die Hände fanatischer und halgebildeter Kleriker gelegt ist. Die Republik bedarf mit Recht die Herstellung einer guten Erziehung der Jugend als eine ihrer Hauptaufgaben. Sie hat dafür reichliche Mittel angefaßt, der Volksunterricht gilt ihr mehr als Alles. Will sie danach handeln, so kann sie die Jugend Frankreichs nicht dem verdammen und corumpirenden Einfluß der Jesuiten und anderer Volkverderber überlassen.

Wir geben zu: es war eine offene Frage, ob sich nicht ein anderer Weg, als der von der französischen Regierung betretene, dafür hätte finden lassen. Ja, man muß diese Frage um so ernst nehmen, als selbst so freisinnige Männer, wie der berühmte Mademiker Littré, in religiösen Fragen mit Jules Ferry nicht einverstanden waren. Allein das große Ach und Weh, welches über den endgiltigen Schluß der Congregationen erhoben wird, ist auch überflüssig. Man kann in Frankreich nicht sagen, daß, wie in Deutschland, die protestantische Confession gegen die katholische im Culturkampf steuert, denn Frankreich ist ganz katholisch. Die Sache liegt also wesentlich anders jenseit, wie diesseit des Rheins.

Kein Staat aber ist verpflichtet, ruhig zuzusehen, wie man durch clerikalen Einfluß seine Jugend verdirbt. Am allerwenigsten gegenüber jenen Leuten, die da, wo sie regieren, mit gebührendem Fanatismus verfolgen, was nicht mit ihren hohen Dogmen übereinstimmt. „Die Schule werden Sie niemals bekommen!“ rief Dr. Fall der Berliner Centrumsleuten zu, und Minister Ferry ist heute auf dem besten Wege das zu thun, was seiner Zeit, ehe der Name „Putschlamer“ mit diesen Dingen in Verbindung gebracht werden konnte, sein preussischer Colleague versprochen konnte.

## Politische Uebersicht.

Leipzig, 9. November.

Die vor Kurzem von uns in einem telegraphischen Auszuge gegebene Rede des österreichisch-ungarischen Ministers des Auswärtigen, Baron v. Dayerle, hat, wie man uns aus Berlin schreibt, in maßgebenden Kreisen der Diplomatie einen vortrefflichen Eindruck gemacht. Nicht nur, daß die Klarheit gelobt wird, mit welcher in Anbetracht der orientalischen Fragen, von Dulcigno über die griechische Angelegenheit hinweg bis zu der für jetzt still ruhenden großbulgarischen Frage, Freund und Feind, offene und verbüllte Gegenwart, Zwecke und Ziele dem Utheil der öffentlichen Meinung überliefert wird, sondern man nimmt es vor Allem mit Befriedigung an, daß die Verkündung einer energischen und selbstbewußten, zwar ausgeprägt defensiven, aber im Nothfall auch zur Offensive bereiten Politik seitens Oesterreich-Ungarns den Beweis erbringe, daß die Staatsmänner an der Donau den Rückhalt, den sie an Deutschland finden würden, als einen über jeden Zweifel und jedes noch so leise Mißtrauen hinausgehenden voll und ganz würdigen. Man erinnert sich wohl noch der ungeschickten Versuche

englischer Diplomaten und Publicisten, die auf ihres heftigsten Herrn und Ministers Gladstone in Wien und Pest mit dem Popanz einer Wiederannäherung Deutschlands und Rußlands und einer in Folge dessen bevorstehenden Erklärung der Beziehungen zwischen den beiden mittel-europäischen Großmächten zu sprechen versuchten. Der englische Premier hat nun wohl einsehen müssen, und wenn er es nicht bereits gethan, konnte er es aus der Rede des Baron Dayerle lernen, daß diese Weiderrpolitik der Intrigue schlechterdings vergeblich geblieben, ja daß sie das Umgekehrte von Dem, was sie bewirken sollte, bewirkt hat, nämlich einen wenn möglich noch intimeren Anschluß des Wiener Cabinets an Berlin und eine stärkere Betonung der selbständigen Orientpolitik, welche das erstere befolgt. Man ist sich aber in Downing-Street nach kurzem Schmolzen und Stollen augenscheinlich auch darüber klar geworden, daß eine Orientpolitik gegen Oesterreich nicht durchführbar sei, es sei denn um den Preis eines ebenso thörichten als unberechenbaren Krieges. Daher denn seit Kurzem die ernstlichen Annäherungsversuche Gladstone's an die Hofburg, Versuche, denen die deutsche Diplomatie vermittelnd und beschwichtigend nicht ganz fern steht, und die vielleicht schon binnen Kurzem die verflumpfte Orientfrage wieder ein wenig in Fluß bringen werden.

Ein Staatsmann, der wie Fürst Bismarck darauf angewiesen ist, für immer neue und umfassendere Pläne in stets weiteren Kreisen nach Popularität zu suchen, kann allerdings nicht vorsichtig genug in der Auswahl Derjenigen sein, welche er aus der Masse der sich an ihn Herandrängenden eines besonderen Zeichens seiner Aufmerksamkeit auf ihre mehr oder weniger zureichenden Rathschläge und Wünsche würdigt. Aber die Acquisitoren, die er ganz neuerdings an dem „ungarischen Reichstagsabgeordneten Guido v. Baryern“ gewährt, ist denn doch eine derjenigen, bei welcher eine etwas größere Vorsicht zu erwünschten Resultaten geführt hätte. Die Welt würde ja auch Nichts verloren haben, wenn der Briefwechsel über die Boll-einigung Deutschlands und Oesterreichs unterblieben wäre. Von in Berlin lebenden Oesterreichern, an deren Haberdäufigkeit kein Zweifel erlaubt ist, hört man von jenem Herrn, derselbe habe sich bisher nur dadurch einen Namen unter seinen deutschen Landleuten aus Steudbürgen gemacht, daß er statt denselben in dem schmerzlichen Kampfe um ihre Nationalität zur Seite zu stehen, das leichtere Theil erwählte, vor dem Magyarismus zu schweigen, was ihm denn auch die, wie er selbst mit seltener Wegwerfung sagt, „unverdiente Auszeichnung“ eingetragen hat, im vorigen Jahre zum Mitgliede der damals nach Wien einberufenen ungarischen Delegation gewählt zu werden. Wenn man will, kann man in der bereits besprochenen Antwort des Fürsten Bismarck eine gute Dosis Ironie finden, da das „ideale Ziel“ der Hollarion nicht von der handfesten Art solcher Ideale ist, wie beispielsweise das Tabakmonopol, so ist es dem Reichstanzler offenbar viel weniger an Herz gewachsen, und nachdem er ihm einen ehrenvollen Platz in einer ziemlich nebelgrauen Zukunft angewiesen, hält er es sich für die nächstliegende politische Arbeit weislich vom Halbe. Es gehört nicht übermäßig viel Scharfsinn dazu, um zu erkennen, mit welchem Geschick Fürst Bismarck in dieser Randgebung zwischen den Klippen der verschiedenen Interessen innerhalb seiner Schutz-coalition hindurch geschickt ist.

Als den mutmaßlich frühesten Zeitpunkt der Uebernahme des Staatssecretariats durch den jetzigen deutschen Vorkämpfer in Konstantinopel, Grafen Paul Hafffeld, welche zweifellos feststeht, wird jetzt der 1. Januar künftigen Jahres bezeichnet. Um dieselbe Zeit wird Fürst Hohenzollern als Vorkämpfer nach Paris gehen. — Der Kaiser empfing am Montag Mittag das Präsidium des Abgeordnetenhauses in höchst halbdoller Weise und unterhielt sich mit den Herren eingehend über die Aufgaben der Session.

Vor wenigen Tagen trat die national-liberale Fraction des preussischen Abgeordnetenhauses, welche gegenwärtig 86 Mitglieder zählt, zu einer Beratung über die politische Stellung der Partei zusammen, und es wurde in eingehender Erörterung an der Hand der Erfahrung seit 1866 die politische Haltung der Partei für die Zukunft besprochen. Es ergab sich erstens, daß die Partei eine vollständige Ueberreife in allen wesentlichen Punkten. Man war allseitig darin einig, daß eine große, nationale Ziele verfolgende, nicht bloß negierende Partei auf eine bestimmte wirtschaftliche Anschauung nicht begründet werden könne, daß vielmehr die wirtschaftlichen Fragen wie bisher keinen Grund zur Trennung geben dürften. In den kirchlichen und Schulfragen, sowie in Betreff der Durchführung der Verwaltungs-Organisation trat auch diesmal keinelei Meinungsverschiedenheit hervor. Die Finanz-

und Steuerpolitik der preussischen Regierung wird wesentlich im Reichstag zur Berathung kommen. Im Abgeordnetenhause wird die Partei einstimmig den früher bereits mit Consequenz besorgten Gedanken vertreten, daß die Wehrtrugnisse aus Reichsteuern zur Entlastung der Steuerzahler, namentlich der unteren Volksclassen und zur Dotation der Communen verwendet werden müssen. Die Finanzpolitik des preussischen Staats, welche zu einem Erlaß von 14 Millionen directer Steuern, bei gleichzeitiger Deckung von 30 Millionen des Extraordinariums durch Anleihen, geführt hat, wurde eingehend besprochen und man wird in einer der nächsten Sitzungen sich über die Stellung der Partei zu dem angebotenen Steuererlaß zu verständigen suchen. Nach dem Ergebnis der Berathung kann mit Sicherheit angenommen werden, daß die Fraction in allen entscheidenden Fragen in voller Einmütigkeit handeln wird.

Dem Vernehmen nach besteht im preussischen Abgeordnetenhause die Absicht, den Etat der Eisenbahnverwaltung, der allgemeinen Landesverwaltung, der directen Steuern und die Extraordinarien aller Etats der Budgetcommission zu überweisen, dagegen die Berathung der übrigen Theile des Budgets sofort im Plenum des Hauses vorzunehmen.

Die Fortschrittspartei (Nichter und Genossen) hat im preussischen Abgeordnetenhause den Antrag eingebracht, „bezüglich dauernder Sicherstellung des im Etat für 1881/82 in Aussicht genommenen Steuererlasses“ einen Gesetzentwurf anzunehmen, durch welchen das Classensteuerlohn von 42 auf 31 1/2 Millionen herabgesetzt und die untersten fünf Stufen der Einkommensteuer um ein Viertel ermäßigt werden. — Die Secessionisten beabsichtigen durch eine ihrer Mitglieder beim Etat vor dem Plenum des preussischen Abgeordnetenhauses die Gründe der Seccession zu entwickeln. Sie sollen hierzu angelegentlich dadurch veranlaßt sein, daß in den Verhandlungen der national-liberalen Fraction über deren Stellung zu den Seccessionisten „nicht genug Unbefangenheit“ gewaltet habe.

Es heißt, dem Reichstage werde eine Kauthe-Vorlage, bezüglich der Erweiterung des unterirdischen Telegraphen-Netztes zugehen. Diese Nachricht ist nach der „Post“ unrichtig. Wie schon gelegentlich der früheren Etatberathungen im Reichstage regierungsfreig erklärt wurde, liegt es nicht in der Absicht, nach Ausführung des im Jahre 1876 entworfenen Planes der unterirdischen Telegraphen-Anlagen noch weitere Kauthe-Mittel für unterirdische Linien in Anspruch zu nehmen. In dem nächsten Etat gelangt deshalb auch noch die letzte Rate der für die Vollendung des Planes von 1876 vorgesehenen Mittel zum Ansaß.

Uns Süddeutschland kommen sehr bemerkenswerthe Nachrichten über den Eindruck, den die Präsidentenwahl im preussischen Abgeordnetenhause hervorgebracht hat. Die Conservativen in Baiern und Württemberg geben die Absicht kund, von einem Bündnis mit den Liberalen Abstand zu nehmen. Man ist es ja bekannt, daß sich die unversöhnlichen demokratischen Elemente in Süddeutschland gern an die Liberalen anschließen, um ihre oppositionellen Zwecke um so sicherer zu erreichen. Die Conservativen in den gedachten Staaten suchen nun Fühlung mit den gemäßigten Liberalen zu gewinnen und es ist nicht unmöglich, daß die nächsten Reichstagswahlen in Süddeutschland zum Theil sehr überraschende Resultate hervorbringen werden, vielleicht gar, wenn auch nur in wenigen vereinzelten Fällen, auf Kosten des Centrums.

Auch in Schleswig-Holstein regt sich der Haß gegen das Judenthum. Der „Ael. J.“ ist von einem „Comité“ eine Einladung zugegangen, über welche das gut fortgeschrittliche Blatt keine Erwunderung nicht verhehlen kann. Es handelt sich um die an den Fürsten Bismarck zu richtende Petition, „betreffend Einschränkung des Einflusses der Juden, des semitischen Elements“. Dem Fürst Reichstanzler wird die ehrsüchtige Bitte ausgesprochen: 1) daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht ganz verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde; 2) daß die Juden von allen obrigkeitlichen (autoritativen) Stellen ausgeschlossen werden und daß ihre Beremung im Justizdienste — namentlich als Einzelrichter — eine angemessene Beschränkung erfahre; 3) daß der christliche Charakter der Volksschule, auch wenn dieselbe von jüdischen Schülern besucht wird, streng gewahrt bleibe und in derselben nur christliche Lehrer zugelassen werden, daß in allen übrigen Schulen aber jüdische Lehrer nur in besonders motivirten Ausnahmefällen zur Anstellung gelangen. Unter den Männern, welche diese Agitation betreiben, befinden sich einige Namen von bekanntem Range.